

29. Januar 2005, Neue Zürcher Zeitung

Artenvielfalt ein Thema am nächsten G-8-Gipfel

Abschluss der Biodiversitäts-Konferenz in Paris

Von Donat Agosti*

Zum Abschluss der fünftägigen Konferenz über die Biodiversität in Paris, die unter der Schirmherrschaft des französischen Präsidenten, Jacques Chirac, und des Generaldirektors der Unesco, Koichiro Matsuura, stattfand, haben die Umweltminister von Madagaskar, Costa Rica, Frankreich und Grossbritannien die bereits am Montag geäusserte Verpflichtung bekräftigt, die Biodiversität künftig zu einem zentralen und integralen Thema der Politik zu machen. Der britische Umweltminister, Elliot Morley, bestätigte, dass dieses Thema am nächsten G-8-Gipfel einen Schwerpunkt bilden werde. Ausserdem müsse der Einsatz einer internationalen Expertengruppe geprüft werden, die die Biodiversitätsforschung interdisziplinär koordinieren und deren Resultate so präsentieren könne, dass diese auch politische Entscheide beeinflussten - ähnlich wie das Intergovernmental Panel on Climate Change im Rahmen der Klimakonvention. Da die Unesco-Konferenz kein Verhandlungsmandat hatte, sind die in Paris gemachten Erklärungen allerdings politisch nicht verbindlich.

Die verschiedenen Arbeitsgruppen der Konferenz, die sich aus Vertretern der Politik, der Wissenschaft, des Umweltschutzes und der Privatwirtschaft zusammensetzten, zeichneten ein interessantes Bild des gegenwärtigen Zustandes der Umwelt und des Umweltschutzes. So wurden einerseits die rapide abnehmende Artenvielfalt und die anhaltende Umweltzerstörung bestätigt, andererseits aber auch eine Trendwende bei deren Schutz diagnostiziert.

Beispielsweise wurde festgestellt, dass Umweltleistungen in Produktionskosten einfließen sollten. Schliesslich haben etwa die tiefen Preise für Crevetten und deren damit verbundener grosser Absatz in den Industrienationen dazu geführt, dass viele Mangrovenwälder abgeholzt wurden. An diesen Stellen hat nun der Tsunami vom letzten Stephanstag viel grösseren Schaden angerichtet als an Orten mit noch intakten Mangroven. Dieser Schaden aber ging zulasten der Ärmsten, nicht der Konsumenten.

In Paris zeigte sich auch ein Trend von kleinen, isolierten Umweltschutzprojekten hin zu grossen Netzwerken wie der Global Biodiversity Information Facility und von geschlossenen Datenbanken hin zum freien Zugang und zu freiem Austausch von Daten.

Die Bedeutung dieser «Open Access»-Bewegung und des Verständnisses der Artenvielfalt demonstrierte der madagassische Präsident Ravalomanana: Nur dank diesen Neuerungen könnten nun alle politischen Entscheidungen seiner Regierung auf ihre Umweltverträglichkeit hin überprüft und etwa die Ausdehnung der Nationalparks in Madagaskar auf die dreifache Fläche so durchgeführt werden, dass auch tatsächlich alle bestehenden Ökosysteme eingeschlossen würden. Mexiko seinerseits hat mit der Institution Conabio ein Instrument geschaffen, das etwa Vorhersagen über den Einfluss des Klimawandels auf die Vielfalt und die Verbreitung von Arten und über die Gefährdung wilder, einheimischer Arten durch nahe verwandte, aber genetisch veränderte Organismen erlaubt.

Ein grosses Potenzial wurde in Paris auch darin gesehen, dass Schritte zur Erhaltung der Biodiversität in Zukunft mit anderen Initiativen, zum Beispiel den Millennium Development Goals, abgestimmt werden sollen. Denn Massnahmen wie der Bau von Strassen zur Armutsbekämpfung wirken sich oft negativ auf die Biodiversität aus, besonders deshalb, weil die meisten Länder mit grosser Armut auch eine grosse Artenvielfalt aufweisen.

* Der Autor ist Biologe und Journalist für Umweltfragen.